

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Regierung des Mondes.

Aus den Sitzungen der SPD-Bezirksleitung.

Das von uns gestern morgen gemeldete Verbot der kommunistischen Betriebsräteorganisation wird vom Preussischen Pressedienst mit einer eingehenden Begründung versehen, die wir wegen ihres großen Interesses zum Abdruck bringen:

Das bei den polizeilichen Durchsuchungen am 25. August in den Geschäftsräumen der kommunistischen Partei beschlagnahmte Material hat den zwingenden Beweis geliefert, daß der aufgelöste Fünfköper-Ausschuß durch eine andere, wie die Kommunisten sagen „zweckmäßiger zusammengesetzte“ Organisation weitergeführt werden soll.

Nach der Meinung der Bezirksleitung der SPD. soll dieser organisatorische Aufbau folgende Vorteile haben:

„Er würde erstens der bestehenden Betriebsräteorganisation des UDB. organisch angegliedert sein, und aus diesem Grunde eine gute Fraktionsarbeit in dieser nach bestehenden Körperschaft ermöglichen; er würde zweitens bei einer bald zu erwartenden Auflösung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale sofort an deren Platz rücken können und würde drittens durch seine Gliederung in Industriegruppen es erleichtern, diejenigen Industriegruppen besonders intensiv politisch bearbeiten zu können (Graphiker, Buchdrucker, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verkehr usw.), die in den letzten Bewegungen vollständig verfaßt haben.“

Aus dem Material geht ferner hervor, daß alle Angelegenheiten der Berliner Betriebsräte nicht von diesen selbst oder von ihren Organisationen, sondern von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei geregelt werden. So ist z. B. der Beschluß, auf Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. September einen Betriebsrätekongreß in Berlin zu veranstalten, auf eine Anweisung der Bezirksleitung der SPD. zurückzuführen. Die kommunistische Agitatorin, Ruth Fischer, die den Organisationsplan entworfen und auch die ersten Anregungen zu dem Betriebsrätekongreß gegeben hat, hält es

aus tatsächlichen Gründen für richtig, möglichst viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Wahlkandidaten heranzuziehen. Um dem Kongreß das Ansehen einer größeren wirtschaftlichen Macht zu verschaffen, sollen insbesondere die Kraftwerke der Umgebung, die Berlin mit Strom beliefern, und besondere Großbetriebe aus dem Reich herangezogen werden. Man rechnet in kommunistischen Kreisen schon mit einem Verbot des Betriebsrätekongresses und will ihn für diesen Fall in Leipzig oder Dresden abhalten.

Alle diese Vorbereitungen und organisatorischen Maßnahmen sollen getroffen werden in der Erkenntnis, „daß die kommenden politischen Kämpfe geführt werden durch die kommunistische Partei, gestützt auf die Betriebsrätebewegung“. Man ist sich im kommunistischen Lager klar darüber, daß die Parole von der „Einheitsfront“ nicht mehr zieht, daß die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften für die von der kommunistischen Partei geplanten Bewegungen nicht zu haben sein werden. Von Maslow ist sogar Klage darüber geführt worden, daß in Chemnitz gepflogene Verhandlungen mit dem UDB. und der SPD. die Ablehnung des Generalstreiks durch die Betriebsräte zur Folge gehabt haben. Auch Maslow ist der Meinung, daß der Aufbau des Betriebsrätekorps als ein erster Kampfplan zu betrachten sei, der eine gewisse Garantie dafür schaffen soll, daß bei kommenden Kämpfen alles wenigstens halbwegs funktioniert.

Meinungsverschiedenheiten im kommunistischen Lager über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Parolen sind nach den aufgefundenen Aufzeichnungen im Augenblick ausgeglichen. Die schärfere Richtung meint, daß die Forderung der „Diktatur des Proletariats“ in den Vordergrund gestellt werden müßte, während die anderen, mehr opportunistisch eingestellten Führer der SPD. die Lösung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ für zugänglicher hielten. Ueberaus bezeichnend für die Einschätzung der Massen durch die kommunistischen Führer sind einige protokollarische Aufzeichnungen über Ausführungen von Ruth Fischer, in denen es u. a. heißt:

„Die Massen haben „Schelleckregierung“ verlangt. Aber sie haben das nur gesagt, weil das die Lösung der kommunistischen Partei ist. Hätte die kommunistische Partei die

### Cofung „Regierung des Mondes“

herausgegeben, so hätten sie auch geäußert: „Regierung des Mondes“, weil das Vertrauen der Massen zur kommunistischen Partei so groß ist, daß sie alles aushängen, was die kommunistische Partei sagt.“

Die Mitglieder der Bezirksleitung der kommunistischen Partei sind sich über die Gefährlichkeit ihres eigenen Beginns (insbesondere für die Arbeiter) durchaus im klaren. Von Ruth Fischer ist angegeben worden, daß, wenn der Streik weiter gegangen wäre, die Grenze, an der es

### zum bewaffneten Konflikt

kamme, erreicht worden wäre. Der gleichen Auffassung ist ihr Freund Maslow, der in der Sitzung vom 21. August erklärte, daß, wenn die Kommunisten der Parole des Sturzes der Regierung Cuno die Parole der Diktatur des Proletariats hätten folgen lassen, niemand wisse, was dann gekommen wäre (Zuruf: Bewaffneter Kampf!); aber das, was gekommen wäre, wäre sicher nicht günstig für die Kommunisten gewesen.

Es ist den kommunistischen Führern auch die Schwäche ihrer Position durchaus bekannt. Lebhaftige Klagen führten die Mitglieder der Bezirksleitung unter sich über das Verlangen der „Roten Fahne“, Ruth Fischer hob hervor, daß die Beschlagnahme der „Roten Fahne“ durch die Polizei dem Generalstreik einen schweren Schlag verleihe, und auch der Landesoberstaatsanwalt Scholze war betrübt darüber, daß die „Rote Fahne“ zwei Tage lang „nur für die Polizei gedruckt“ worden sei. Die Schuld an diesem Verlangen trage der Zentralvorstand und die Geschäftsführung der „Fahne“, von der man der

Meinung sein könne, daß sie absichtlich Sabotage betrieben habe. Auch der „Kurierdienst“ der Partei scheint nicht ganz geklappt zu haben, und man hält augenscheinlich auch in diesen Dingen den Zentralvorstand für zu schlapp, denn in Zukunft will die Bezirksleitung sich ihre eigenen Verbindungen schaffen und eigene Kurier hinausenden.

Vor allem aber haben sich die Erwartungen nicht erfüllt, die die Kommunisten auf die Beteiligung der Gewerkschaften gesetzt haben. Es wird festgestellt, daß sich die oppositionelle Oetsoverwaltung der Eisenbahner nicht bewährt habe. Auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter seien von der Bewegung nicht genügend erfaßt worden, und als eine weitere gefährdete Stelle werden die Buchdrucker bezeichnet. Das Verlangen in der Reichsdruckerei wird auf die Ueberlastung Brandlers zurückgeführt, dessen Aufgabe es gewesen sei, die Organisations-„Selle“ in der Reichsdruckerei zu bearbeiten.

Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß den Gewerkschaften der schärfste Kampf angelegt wird. Es soll versucht werden, eine neue Kampagne in die Gewerkschaften hineinzutragen unter dem Titel:

„Reinigung des Funktionärrapparates“, — das führe zu einem klaren Kampf mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Maslow ist der Meinung, daß

### auch mit der USP. in Berlin Schluss

gemacht werden müsse. In einem „offenen Brief“ sollen die Anhänger der USP. aufgefordert werden, sich der kommunistischen Partei anzuschließen. Endlich bekommt auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter ihre Rüge. Von ihr wird gesagt, daß sie sich bisher als „völlig zwecklos“ erwiesen habe. Man müsse dahin wirken, daß es recht bald zu einer Liquidierung der Union in Brandenburg und Berlin komme. Von der Fischer wurde mitgeteilt, daß sich in Mitteldeutschland Ortsgruppen der Union sogar gegen den Streik gestellt haben.

Aus allen Aufzeichnungen der kommunistischen Führer geht hervor, daß die Betriebsrätekonferenz Exerzitien für eine Art Arbeiterräte sein sollen. Maslow sprach es offen aus, in Deutschland würden die Betriebsräte die Arbeiterräte werden und die Kontrollausschüsse die horizontale Ergänzung zu den Sowjets; das Kapieren nun schon die Betriebsräte; auch Sessering habe das Kapieren. Der Betriebsrätekongreß von Berlin-Brandenburg müsse eine politische Kundgebung sein.

Ruth Fischer ist ericret darüber, daß während des Streiks „die Hundertschafften wie Pilze aus der Erde geschossen seien“.

Ihren eigentlichen Zweck, die Faschisten zu bekämpfen, hätten sie jedoch nicht erfüllt, sie seien vielmehr gebildet worden, „um die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen“. Es läme jetzt darauf an, die Hundertschafften umzustellen auf Betriebsordner-schaften. Diese Gruppen zu organisieren, sei von entscheidender Bedeutung.

In einem Rundschreiben vom 20. August an die Betriebszellenleiter wird diesen denn auch zur Pflicht gemacht, die Organisation der Betriebshundertschafften mehr zu forcieren; gleichzeitig werden Referenten für die Aufgabe der Hundertschafften zur Verfügung gestellt.

Der Gesamteindruck aus dem Studium des gewonnenen Materials ist ungefähr der, daß die Kommunisten ihren Anhängern einreden, daß es nächsten Winter zu entscheidenden Kämpfen komme, und daß sie sich in der Auffstellung der proletarischen Hundertschafften ihre Kampfformationen und in den Betriebsräten und Kontrollausschüssen ihren Verwaltungsapparat schaffen wollen. Ueber die Gefährlichkeit ihrer Unternehmungen sind sie sich nicht im Zweifel. Daß bei größeren politischen Unruhen, die zu Machtkämpfen werden müßten,

### sich die Nachbarn Deutschlands regen

würden, um das Reich vollständig zu zerstücken, geht aus einer Leuchterung Maslows hervor, in der er vorschlug, Verbindungen mit der Tschechoslowakei, mit Polen und mit Frankreich aufzunehmen.

Es ist selbstverständlich, daß die Behörden diesen Dingen nicht untätig gegenübersehen, sondern dafür sorgen werden, daß die hochverräterischen Treiberkreise schon im Keime erstickt werden.

Die hier veröffentlichten Protokolle gewähren einen interessanten Einblick in das innere Getriebe der kommunistischen Organisation. Absolut eindeutig beweisen diese Protokolle, daß der linke Flügel in der SPD. das Heft vollkommen in der Hand hat. Die Ansätze zu besserer Einsicht, die nach schweren Niederlagen und besigen Auseinandersetzungen unter den Kommunisten aufzukommen schienen, sind verfliegen. Die Welle scheint sie zu tragen, und schon steuern sie wieder lustig auf das hohe Meer kindlichster Illusionen. „Bewaffneter Aufstand“, „Endkampf“, so schwirrt es in den Köpfen jener Novemberkommunisten, die unter kommunistischen Arbeitern das Wort und meistens das große Wort führen dürfen. Mit dem Ignismus Rabelfcher Schule enthüllen sie die Rolle, die die Drahtzieher sozialdemokratischen Arbeitern zuschieben möchten, dem Vorspann für ihre wahnwitzigen und verbrecherischen Attentate auf die Arbeiterschaft zu leisten. So verrante Fanatiker, die um die Gunst völkischer Studenten bettelnde Wiener Jüdin Ruth Fischer und ihr Partner Maslow sein mögen, so hirnverbrannt sind sie nicht, daß sie nicht übersehen, welche blutige Niederlage ein von ihnen provozierter Kampf zur Folge haben müßte. Sie werden sich aber gründlich täuschen: in ihrer dumm-pfiffigen Spekulation auf die Sozialdemokratie. Diese weiß, was von den Abenteurern beabsichtigt ist und wird ihnen keine Gelegenheit geben, ein Feuer zu entzünden, das schlimmere Folgen hätte als nur die Zertümmern der SPD. An ihrem Widerstand wird sich auch der Bahnhof dieser Reaktion brechen.

## Bayerische Gnade.

Schon oft wurde die Forderung erhoben, die Reichszamnestie vom 4. August 1920 möge endlich auch auf die bayerischen Gefangenen in Niederschönenfeld ausgedehnt werden. Jedesmal lehnte die bayerische Regierung diese Forderung ab mit dem Hinweis darauf, daß sie ein individuelles Begnadigungsverfahren eingeführt habe. Wer die bayerische Justiz kennt, zweifelte niemals daran, daß ihre „individuelle Begnadigung“ nichts anders sein konnte, als die Uebung krafterer Willkür. Harmlose Mittläufer, die aus irgendeinem Grunde — z. B. durch bewiesene Charakterstärke und Besinnungstreue — sich mißliebig gemacht hatten, büßten ihre Strafe bis zum letzten Rest; andere Verurteilte, von denen anzunehmen war, daß sie mürbe und eingeschüchtert worden waren und nicht mehr wagten, ins politische Leben zurückzukehren, wurden vorzeitig mit Bewährungsfrist entlassen. Dabei hatten es die bayerischen Behörden in der Hand, die Zubilligung der Bewährungsfrist an solche — oft geradezu gegen die guten Sitten verstößenden — Bedingungen zu knüpfen, daß der Begnadigte der Wirkung nach unter Polizeiaufsicht geriet und des Mutes beraubt wurde, jemals noch von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Es wurden dem Begnadigten Bedingungen auferlegt wie etwa die, „daß er sich jeglicher politisch-agitatorischer Tätigkeit während des ganzen Laufes der Bewährungsfrist enthält, und daß er vor jedem Wechsel seiner Beschäftigung und seines Aufenthalts die Genehmigung der Staatsanwaltschaft bzw. des Volksgerichts einholt“.

Während in jedem Rechtsstaate bedingte Begnadigungen nur dann rückgängig gemacht werden, wenn Tatsachen vorliegen, die dem Begriff der einwandfreien Führung widersprechen, wurde in verschiedenen Fällen die Bewährungsfrist für bayerische politische Gefangene aus ganz nichtsagenden Gründen — oder vielleicht Vorwänden — aufgehoben; der bedingte Begnadigte mußte seine Strafe wieder fortsetzen, ohne daß er weder eine menschlich und moralisch bedenkliche, noch eine juristisch strafbare Handlung begangen hatte.

Ein ganz aufreizender Fall dieser Art ereignete sich erst in der jüngsten Zeit; es ist der Fall des derzeitigen Sekretärs des Arbeiterbildungsinstituts Leipzig, des Genossen Baktin Hartig.

Hartig war 1919 vom Volksgericht Würzburg zu sieben Jahren Festungshaft verurteilt worden. Das Urteil war ungeheuerlich und fand keineswegs in den wirklichen politischen Handlungen des Hartig eine zureichende Begründung. Nach Verbüßung von 3 1/2 Jahren wurde Hartig am 17. Dezember 1922 aus Niederschönenfeld auf Bewährungsfrist, und zwar unter folgenden Bedingungen, entlassen:

- a) Daß er sich während des Laufes der Bewährungsfrist gut, strafflos und einwandfrei führe,
- b) daß er zunächst in Aschaffenburg bei seinen Eltern Wohnung nimmt,
- c) daß er jeden Aufenthaltswechsel sofort der Staatsanwaltschaft Würzburg mitteilt,
- d) daß er sich des agitatorischen politischen Hervortretens enthält.

Hartig, der 35jährige Neuphilologe ist, begab sich nach Aschaffenburg und arbeitete zuerst in der Schlosserei seiner Brüder. Es leuchtet ein, daß er sich bemühte, sich eine Existenz zu schaffen, die seinen Kenntnissen und Bedürfnissen entsprach. Er meldete sich auf die erledigte Sekretärstelle des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig und wurde gewählt. Am 1. März, 2 1/2 Monate nach seiner Entlassung aus Niederschönenfeld, sollte er die neue Stellung antreten. Gleich nachdem Hartig von dem Wahlausfall Bericht erhalten hatte, wandte er sich unter dem 20. Februar an die Staatsanwaltschaft Würzburg und schrieb dorthin: „Gemäß Punkt c des volkgerichtlichen Beschlusses teile ich der Staatsanwaltschaft mit, daß ich ab 1. März eine Stelle am Arbeiterbildungsinstitut Leipzig antrete, die meiner pädagogischen und philologischen Vorbildung besser entspricht als die Beschäftigung im Geschäft meiner Brüder, das unter der allgemeinen Geschäftsleitung leidet. Dem Punkt b glaube ich durch den über zweimonatlichen Aufenthalt in Aschaffenburg genügt zu haben.“

Schon am 22. Februar saßte das Volksgericht Würzburg den Beschluß: 1. Die Aufenthaltsgenehmigung für Leipzig wird Hartig verweigert, da in Leipzig eine Ueberwachung hinsichtlich Punkt d nicht möglich sei. 2. Hartig hat in Zukunft bei jedem Aufenthaltswechsel rechtzeitig um Genehmigung nach-zuluchen.

Hartig ließ durch einen Rechtsanwalt gegen diesen Beschluß Beschwerde einlegen und vor allem betonen, daß das Arbeiterbildungsinstitut nicht politischen Charakters sei, sondern von den Gewerkschaften getragen werde, und daß ferner der zweite Punkt des neuen Beschlusses eine nachträgliche Einschränkung der bedingten Begnadigung darstelle; diese Einschränkung aber sei ein dem üblichen Rechtsbrauch widersprechendes Verfahren.

Die Beschwerde wurde abgewiesen; auch die Verweigerung einer hohen Reichsbehörde für Hartig hatte keinen Erfolg. Da aber das Arbeiterbildungsinstitut sich inmitten seiner durch Hartig geleiteten Tätigkeit befand und der plötzliche Wechsel des Sekretärs zu großen Schwierigkeiten geführt hätte, blieb Hartig auf seinem Posten und richtete ein neues Gesuch an das Volksgericht, in dem er bat, ihm den Aufenthalt in Leipzig doch noch für einige Zeit bewilligen zu wollen. Daraufhin traf die Antwort ein, daß die bedingte Begnadigung aufgehoben sei, und



daß Hartig innerhalb von drei Tagen wiederum in Niederschönenfeld einzurücken habe.

Da Hartig jedoch das Arbeiterbildungsinstitut nicht Hals über Kopf im Stich lassen konnte, richtete er ein neues Gesuch nach Würzburg, durch das er sich bemühte, wenigstens einen mehrwöchigen Straußauschub zu bekommen. Der Straußauschub wurde indes verweigert mit der Begründung, Hartig habe sich „unwürdig“ betragen. Falls er am 28. August die Strafe nicht anträte, werde sofort Haftbefehl gegen ihn erlassen.

So ergibt sich der geradezu aufreizende Zustand, daß das bayerische Volksgericht den Aufenthalt in Sachsen als eine Last empfand, die unwürdig macht, weiterhin im Genuß einer bedingt erteilten Begnadigung zu bleiben. Das hat mit Billigkeit oder gar Recht natürlicherweise nichts mehr zu tun; da beginnt bereits die Rantäne, die schikanöse Willkür. Auch in Hinsicht auf diese Begnadigungspraxis fällt Bayern aus dem Rahmen der deutschen Rechtsinheit heraus; in keinem anderen deutschen Lande wohl sind Beschlüsse von der Art desjenigen des Würzburger Volksgerichts denkbar. Es fragt sich, ob hier nicht das Reich nach dem Recht zu sehen hat; es geht doch nicht an, daß das Mittel der bedingten Begnadigung dazu mißbraucht wird, verfassungsmäßig gewährleistete Grundrechte, wie etwa das Recht der Freizügigkeit, schlechtweg aufzuheben. Im übrigen wäre es aber wahrhaftig an der Zeit, der Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten, die darin liegt, daß die bayerischen politischen Gefangenen aus dem Jahre 1919 heute noch nicht amnestiert sind, während die Kapp-Rebellen so viel Gnade und Milde fanden; die bayerische Begnadigungswillkür ist kein Ersatz für eine Reichsamnestie.

### Bayerische Steuerfrolle.

Die Industriellen gegen die Finanzpolitik des Reiches.

München, 29. August. (U.) Der bayerische Industriellenverband hat in einer Vorstandssitzung zur augenblicklichen Wirtschaftslage dahin Stellung genommen, daß mit den Maßnahmen der Reichsregierung eine Besserung der gegenwärtigen Lage nicht nur nicht erreicht, sondern sogar eine Verschärfung des Zustandes herbeigeführt werde. Die Hauptursachen lägen in der verringerten Arbeitsleistung des deutschen Volkes und in dem zu kostspieligen Beamtenapparat. Selbst die höchsten Steuern seien nicht umstände, die Mittel für diesen Luxus aufzubringen. Die neuen Steuererlässe erforderten von der Wirtschaft derartige Summen, daß es fraglich erscheine, ob die Wirtschaft unter diesen Bedingungen aufrecht erhalten werden kann. Der Erlaß der neuen Steuererlässe ohne Befragen der Länderregierungen und ohne genügende Heranziehung der wirtschaftlichen Organisationen (also auf einmal) sind die Herren für Nebenregierungen in überstürzter Eile ohne Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler aufgestellt worden.

### Gegen Vierteljahrenzahlungen.

Am gestrigen Tage fanden im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Landesregierungen, des Deutschen Städtebundes, des Reichsstadtebundes und des Landgemeindegewerks eingetragene Verhandlungen über die Frage statt, wie der finanziellen Notlage der Länder und Gemeinden abgeholfen werden kann. Es wurde allgemein darauf hingewiesen, daß sich diese Notlage infolge der in letzter Zeit eingetretenen starken Geldentwertung, der erheblichen Verschärfung der Wirtschaftslage und der durch die Annullierung der Besätze der Beamten, Angestellten und Arbeiter an die Geldentwertung erforderlichen gewordenen Gehalts- und Lohnaufbesserungen in besonderer Weise vergrößert habe. Es wurde deshalb fast von allen Seiten gefordert, daß die vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtenbezüge mit Rücksicht auf die Entwertung und die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Zahlungsmittel künftig eingestellt werden sollten, wobei auf die besonderen Verhältnisse des Besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen sei. Nach längeren Verhandlungen wurde in beinahe allen Punkten eine vollständige Einigung erzielt.

### Arzneimoden.

In der Geschichte der Medizin ist eine unzählige Menge von Heilmitteln aufgetaucht, von roherster Volksmedizin bis zu den mit allen Hilfsmitteln moderner Forschung bereinigten Präparaten. Zum Teil sind sie ebenso rasch vergangen wie sie entstanden; zum Teil aber haben sie sich durch die Jahrhunderte erhalten, oft genug zunächst verachtet und dann doch schließlich anerkannt. Jedenfalls hat die lange Erprobung und Erfahrung der Vergangenheit einen kostbaren Schatz von Heilmitteln aufgesammelt, den wir heute nur allzu leicht mit der Bezeichnung „Salz- und Hausmittel“ abtun. Viele am Krankenbett als wirksam und brauchbar erkannte Medikamente sind heute vollständig vergessen und damit für die ärztliche Praxis verloren, sind aufgegeben zugunsten der vielen neuen Mittel, die fast alljährlich auf den Markt geworfen werden.

Der Greifswalder Pharmakologe Hugo Schulz, der in dem zweiten Band des bei Festsitz in Leipzig erscheinenden Werkes „Die Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellung“ sein Lebenswerk schildert, tritt dafür ein, daß man in der Auswahl der Medikamente wieder mehr die praktische Erfahrung als die theoretische Forschung berücksichtigen sollte. Die Arzneiherstellung ist heute fast ganz der chemischen Industrie überlassen und wird von dieser dazu benutzt, alle möglichen Arzneimoden heranzubringen. „Die chemische Industrie“, sagt Schulz, „bringt ihre neuen Präparate auf den Markt, aber wie viele unter den Ärzten, die sie ihren Patienten verschreiben, haben etwas mehr als eine mäßige Ahnung davon, was sie verschreiben? Jeder in der Praxis lebende Arzt wird mit beständiger, daß auf alle diese neuen Präparate, trotz manchmal glänzend durchgeführter Reklame, auf die Dauer doch kein rechter Verlaß ist und er sich gezwungen sieht, über kurz oder lang wieder zu etwas Neuem zu greifen. Der chemischen Industrie kann dies natürlich nur recht sein. Für sie handelt es sich in allererster Linie um das Geschäft, das mit irgendeinem neuen Mittel zu machen ist und gemacht wird. Geht es nicht mehr, wie der kaufmännische Ausdruck lautet, so wird etwas Neues auf den Markt geworfen.“ Durch dieses Ueberangebot an neuen Arzneien ist das Vertrauen zu den alten durchgeprobten Arzneimitteln fast völlig verschwunden; die Ärzte lassen sich von den chemischen Fabriken ihre Arzneimittel fast ausnahmslos verschreiben. „Streng genommen“, sagt der Gelehrte, „ist das der Standpunkt, von dem aus der berühmte Schöpfer Thomas auch medizieren kann. Vor allen Dingen entbehrt der Therapeut jeder eigenen Denkfähigkeit, was für manchen kein Angenehmes haben mag. Und da der menschliche Organismus auch in Krankheitszuständen meist viel widerstandsfähiger ist, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt, geht eine derartige Arzneitherapie in den meisten Fällen auch ohne weiteren Schaden für den Patienten einher. In anderen Fällen ist das allerdings durchaus nicht so. Der in überlegte Gebrauch und die kritische, manchmal über recht lange Zeit hinaus fortgesetzte Anwendung eines der chemischen Industriepreparate führt nachträglich zu Folgezuständen, die Leben und Gesundheit der mit ihnen behandelten Patienten notgedrungen und noch ganz einfachen Naturgesetzen schädigen müssen.“

### Reichsbankdirektorium gegen Großmann.

Freitag Termin vor dem Landgericht.

Die gestern vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anberaumte Verhandlung in der Angelegenheit der Entlassung des Vorstehenden des Reichsbankdirektoriums, Großmann, wurde vertagt, weil gleichzeitig vor dem Landgericht III die Verhandlung in dem von dem Direktorium der Reichsbank beantragten Festsetzungsverfahren stattfindet.

Zu dem gestern vor dem Landgericht III stattgehabten Festsetzungsverfahren der Reichsbank gegen den entlassenen Vorstehenden des Reichsbankdirektoriums Großmann hat das Landgericht nach eingehender Verhandlung und Beratung den Beschluß verkündet, daß die von dem Beklagten erhobene Einrede auf Unzuständigkeit des Landgerichts verworfen werde. Es wurde Beweisaufnahme angeordnet, die am Freitag, den 31. d. M., vor dem beauftragten Richter stattfinden soll.

### Neue Erhöhung des Marktbrotpreises.

Amlich wird mitgeteilt.

Mit Wirkung vom 3. September od werden gemäß Beschluß des Reichskabinetts die Abgabepreise der Reichsgetreidekasse für das von ihr an die Kommunalverbände zur Marktbrotverfertigung gelieferte Getreide für die Tonne auf 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht. Seit der letzten Heraushebung am 23. August 1923 sind infolge der außerordentlichen Marktentwertung die sonstigen Kosten des Marktbrottes derartig gestiegen, daß sie in ein nicht weiter erträgliches Mißverhältnis zu dem Getreideabgabepreis geraten sind. Der Anteil des Mehles im Brotpreis beträgt nämlich in der Woche vom 20. August ab nur noch etwa 4 Proz. des Marktbrottes gegenüber 96 Proz. sonstiger Unkosten, während er in normalen Verhältnissen — wie vor dem Kriege — im Durchschnitt etwa 61 Proz. gegen 39 Proz. sonstige Unkosten ausmachte.

Durch diese Entmischung entstehen für die Reichsgetreidekasse immer mehr sich steigernde Verluste, die ein Festhalten an dem bisherigen Abgabepreis ausschließen und ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Befundung unserer Geld- und Finanzverhältnisse darstellen. Auch nach der Erhöhung wird der Abgabepreis nur etwa den vierten Teil des derzeitigen freien Getreidepreises ausmachen. Das Marktbrot wird bei Zugrundelegung Berliner Verhältnisse vom 3. September ab voraussichtlich etwa die Hälfte von dem Kosten, was für die gleiche Menge freien Brotes bereits vom 22. August ab zu zahlen war.

### Die Ausnahme der belgischen Note.

London, 29. August. (WLB.) Das Reichsamt für den Austausch von Geldern hat die in der belgischen Note enthaltene Vorlage, insofern sie die Unterredung zwischen den alliierten Ministern über die Reparationsfrage betraf, zu lassen, aus einer nichtoffiziellen aber gut unterrichteten Quelle, daß die britische Regierung durch aus bereit sein würde, an derartigen Unterredungen teilzunehmen, wenn Aussicht bestünde, daß diese Unterredungen Erfolg haben. Man sei der Ansicht, daß, wenn Frankreich und Belgien auf dem in ihren bisherigen Noten dargelegten Standpunkt verharrten, solche Unterredungen schlimmer als zwecklos sein würden. Der englische Standpunkt könne außerdem durch Verhandlungen nur gewinnen, wenn sie öffentlich seien. Großbritannien könne einer Wiederaufnahme wichtiger diplomatischer Erörterungen nur zustimmen, falls die Alliierten klar den Wunsch nach einem Uebereinkommen und die Bereitschaft ausdrücken, ihre Stillstandnahme so zu ändern, wie es die Lage erfordert.

London, 29. August. (WLB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In britischen Kreisen herrscht allgemein die Ansicht, daß die belgische Note nicht dazu beitrage, eine praktische Vereinbarung unter den Alliierten zu fördern, und daß ihr Inhalt sehr enttäuschend sei, da sie nur wenig konstruktive Ideen selbst von der finanziellen Seite betrachte, enthalte. In seinem Leitartikel bedauert „Daily Telegraph“, daß die belgische Regierung nicht ihren eigenen konstruktiven Plan für die allmähliche Räumung des Ruhrgebietes unterbreite, wie man es hier bis vor kurzem erwartete. Es müsse daher angenommen werden, daß die französische Regierung den Plan ungern gesehen und ihren Alliierten

So herrscht also heute auf dem Gebiete der Arzneien ein Kampf zwischen Wissenschaft und Gefühl, in dem der letztere Teil meistens siegreich bleibt. Schulz hat seine Lebensaufgabe darin erblickt, den allen erprobten Arzneimitteln wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, und verlangt besonders, daß nicht Arzneimittel, die nur am Tier ausprobiert worden sind, einfach auf den Menschen angewendet werden. „Die Pharmakologie“, sagt er, „muß und darf den Tierversuch, der ja an und für sich nicht völlig entbehrlich werden kann, nicht als letztes Kriterium für den Wert oder Unwert eines Arzneimittels ansehen. Ihre Hauptaufgabe muß die sein, aus dem überreichen Material, das uns die alte und die neue Literatur bietet, die Wertigkeit der einzelnen Arzneimittel für die Praxis herauszufinden, das Ergebnis den lernenden jungen Ärzten vorzulegen und diese selbst anzuregen, das Borgebrachte am Krankenbett auszumühen.“

Neues aus der Nationalgalerie. Eine köstliche Neuzugabe ist der Nationalgalerie gelungen: von Hans Thoma die kleine „Flucht nach Ägypten“, die von der letztjährigen Thomazusstellung in schöner Erinnerung ist. Das Werkchen, 1876 datiert, auf Holz gemalt, bisher in Darmstädter Privatbesitz, beschrieb sich, hat Justiz in Verzeichnis der Ausstellung folgendermaßen: „Im Tauschschritt führt ein Engel den Esel, Maria in einem Blau wie die Lapislazulifarbe unserer Alten, reizend der raigestreifte Mantelsack, Joseph reitet ihr und dem blühenden Kindchen eine leuchtende Blume, und der Hintergrund ein geheimnisvoll schimmerndes Grün — höchste Kostbarkeit der Farbe und eine frohe Lieblichkeit der Empfindung wie bei den schönsten alten Marienbildern. Hier sehen wir, daß die Dämigkeit Dirers und der Formenreichtum Altmeisters auch heute noch in der Tiefe unserer Volksseele leben — Künstler, der wieder ein jüngerer und gewiß ganz anders gearteter Vater, Kofoschka, als seinen Meister verehrt.“ Die kleine Perle unter den Thoma-Bildern hängt seit einigen Tagen in dem Erdgeschosse der Galerie, der dem Meister geweiht ist.

Eine andere Bereicherung erhielt die Sammlung aus dem Nachlaß Konrad Fiedlers, der nun nach dem Tode seiner Witwe allmählich in der Nationalgalerie eingereiht wird. Es sind Bildwerke von Adolf Hildebrand und Arthur Volkman, die mit dem alten Besitz der Galerie zusammen ein Gesamtbild vom Schaffen der deutsch-italienischen Meister ergeben, wie es wohl nirgends sonst zu finden ist.

Als sie die Macht hatten. Der Genosse August Preger in Eichtenberg, der morgen seinen 78. Geburtstag feiert und seit länger als 50 Jahren in der Bewegung tätig ist, findet eine seltsame Erinnerung aus der Zeit des Sozialistengesetzes:

Zur Zeit des Ausnahmengesetzes war eine große Versammlung in der Parkanlage zu Stettin angesetzt. Der Saal, der 5000 bis 6000 Personen faßt, war bis zum letzten Platz besetzt. Der herbeigeführte Oberstaatsanwalt Tessenlofer überwachte in eigener Person die Versammlung. Nach Eröffnung sprach Grottkau ungefähr folgendes: „Verte Unwesende! Nachdem die Versammlung

überredet habe, ihn nicht zu veröffentlichen. „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, wenn eine Unterhaltung aufrichtig gewünscht würde, so sollte sie stattfinden, nur um zu sehen, ob und bis zu welchem Grade die Erklärung des neuen deutschen Kanzlers die Lage verändert habe. „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß in der belgischen Note kein weiteres Wort über den Vorschlag, eine internationale Sachverständigenkommission einzuberufen, enthalten sei. Es könne daher angenommen werden, daß Belgien auf seiner früheren Politik vom 30. Juli beharre. Mit Bezug auf das Ruhrgebiet sei die belgische Note nur ein Echo der französischen.

Die „Times“, die die belgische Note mit derselben Zurückhaltung beurteilt, wie seinerzeit die französische Note, schreibt, die Haltung Belgiens gegenüber der Ruhrfrage und dem allgemeinen Reparationsproblem sei nicht unbedingt identisch mit der Haltung seines französischen Alliierten. Es sei bemerkenswert, daß die belgische Note eine Rechtfertigung der Ruhrbesetzung unterlasse. Die belgische Note trete vielleicht etwas vorsichtig und schüchtern in ihrer Vermittlerrolle auf. Das Ziel sei, die Aufmerksamkeit auf die wenigen Punkte des finanziellen Programms zu konzentrieren. Wenigstens sei in finanzieller Hinsicht ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Die Differenzierung in verschiedene Vorschläge könnten aber überwunden werden durch die Erörterung der Tatsache, daß Deutschland Garantien und produktive Pfänder angeboten habe. Dieses Angebot sei nachdrücklich unter Stresemann betont und im weitesten Sinne ausgelegt worden, obgleich er separate Verhandlungen für das Rheinland und für das Ruhrgebiet nicht gegeben werde. Das Ruhrproblem sei akut. Man müsse zu Verhandlungen schreiten. Es sei notwendig, das Ruhrgebiet für seine frühere Tätigkeit wiederherzustellen, damit es seinen Platz im Wirtschaftsplan eines vereinigten Deutschland wieder einnehmen könne, das jetzt endlich bereit sei, seine Industrie und Wirtschaftstätigkeit für die Bezahlung einer endgültigen Reparationssumme zu verpflichten.

### Appell an die Internationale.

In der Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) am 23. August wurde folgende Erklärung angenommen:

„Angesichts des Ernstes der gegenwärtigen Lage appelliert der Internationale Gewerkschaftsbund an das Gewissen und den Friedenswillen des internationalen Proletariats und ruft namentlich die deutschen, englischen, belgischen und französischen Arbeiter zum Handeln auf, um dem Zustand der Spannung ein Ende zu machen, dessen Fortdauer das wirtschaftliche Chaos Europas notwendig verschärfen und mit jedem Tage neue Konfliktsteine schaffen muß.“

Zur Erreichung dieses Zieles hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Anfang an die sofortige Feststellung der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Revision und Annullierung der interalliierten Schulden, die Ausnahme einer internationalen Kasse und die Durchführung einer Reparationspolitik mittels Sachleistungen durch Zusammenarbeit der deutsch-französischen Arbeit gefordert.

Der IGB. erklärt:

1. daß es Pflicht der deutschen Regierung ist, den kapitalistischen Widerstand zu brechen und jene zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die über die für die Sanierung der Finanzen, die Verbesserung der Existenzbedingungen des deutschen Volkes und die Bezahlung der Reparationsschuld nötigen Mittel verfügen;
2. daß es Pflicht der französischen und belgischen Regierung ist, mit der militärischen Besetzung ein Ende zu machen.

Der IGB. erklärt neuerlich, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern der Verricht auf alle Gewaltmaßnahmen durch die Regierungen und die eifrige Anwendung der oben genannten Mittel ist, die allein eine rasche Lösung der Probleme verbürgen;

daß dieses Resultat nicht durch Einzelaktionen, denen sich die nationalen Interessen entgegenstellen würden, erreicht werden kann, sondern nur durch eine vom höheren Interesse der Menschheit geleitete Gesamtkaktion.“

eröffnet ist, bitte ich Sie, es mag passieren was da will, halten Sie sich ruhig und lehren Sie sich auf weiter nichts! Nachdem diese Worte gesagt waren, erhob sich Tessenlofer und sagte: „Ich schließe die Versammlung und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen!“ Da beging ich die Dummheit, ohne mit etwas dabei zu denken, und schrie: „A jeder mit Tessenlofer, hoch die Sozialdemokratie!“ Nachdem ich diese Worte gesprochen, fiel mir meine Dummheit erst ein. Ich verkrümmte mich und das war meine Rettung. Grottkau wurde wegen seiner Worte unter Anklage gestellt und hat drei Monate Internierungshaft abzubüßen müssen. Dann bekam er neun Monate Gefängnis. Hätte man mich gefragt, so sähe ich nach Wunsch und Willen der Tessenloferer wohl noch jetzt, an meinem 78. Geburtstag, im Kitzchen.

So behandelte die Sippschaft, die damals die Macht in Händen hatte, die Sozialdemokraten. Ein Genosse, der nichts anderes verbuchen hatte, als eine Versammlung zu Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen, wird dafür ein Jahr hinter Schloß und Riegel gesetzt! Und die Gesellschaft, die so verfuhr, ist dieselbe, die heute öffentlich zum Umsturz der Verfassung, zu Mord und Verbrechen aufsteht und dann, wenn die bedröht Republik sich zur Wehr setzt, über Unterdrückung der Rede- und Pressefreiheit Krokodilstränen vergießt.

Freie Bahn den tschechischen Proletariaten! Der „Proletar Sozialdemokrat“ schreibt: Es braust ein Ruf wie Donnerhall durch die „Radoni Politika“: „Fort mit den deutschen Proletariaten aus Prag, die Prager Straße (im weitesten Sinne) gehört den tschechischen Arbeiterinnen der Venus!“ Die aus Berlin und Wien zugereisten „Damen“ sind latlos genug, in Weinstuben, Koffeeshäusern und anderen geheimen Bordells deutsche Gassenhauer zu singen, ja sie wagen es sogar, auf der Gasse tschechische Pölkanten deutsch anzureden und so in diesen Stadt des Eros das Nationalgefühl ungebührlich aufzuregen! Der Skandal stinkt zum Himmel und deshalb erinnert die „Radoni Politika“ die Befehle der geheimen Bordells ihrer belgischen Politik, nur Tschechinnen an den Weiskriechenden zu verlocken, nur tschechische Sauf- und „Liebes“-Wieder zu dulden und mit dem Schwert des Erzengels gerüstet dazustehen, um die deutsche Konturen vom Markte des Fleisches fernzubehalten. „Amerika den Amerikanern!“ lehrt die Marxdoctrin, „den Geschlechtsbedürfnis des Prager Tschechen nur ein tschechisches Gefühl!“ ruft variierend die „Radoni Politika“. Die Forderung lautet: so launenhaft ein, daß man über ihr spätes Aufwachen ehlich erstaunt sein darf, und es ist auch reichlich spät, wenn die „Radoni Politika“ erst jetzt für ihre hehren Ziele bei Bordellweibern und Dirnen um Bundesgenossenschaft wirbt. Denn diese drei Tierden Prager gehören schon längst zueinander.

Die Schlüsselzahl des Buchhandels wurde in der heutigen Nummer mit 1.900.000 angegeben. Diese Angabe ist verfehlt, die Zahl betrug heute erst 1.200.000.

Das Berliner Zinsoffizier (Sturmer) Ercheer wird am 6. September als erstes Konzert einen Richard Wagner-Abend im Saalbau Friedrichshagen unter Leitung von Musikdirektor Theodor Klingeborn veranstalten. Beginn 8 Uhr, Eintrittspreis: 300.000 M.



# Gegen die Unterdrückung Georgiens.

## Ein Vorschlag der georgischen Sozialdemokratie.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens hat an die Kommunistische Partei und den Rat der Volkskommissare Georgiens ein Schreiben gerichtet, dessen Abschriften gleichzeitig der Sozialistischen Arbeiterinternationale in London, der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam und der Kommunistischen Internationale überandt werden. Das Schreiben lautet:

„Seit dem Tage der Eroberung Georgiens wird unsere Partei auf das Ärgste bedrängt. In Tiflis sind in der Festung Metechi und in den Kellerräumen der 'Tscheta' 700 bis 800 Mann wegen politischen Verdachts eingekerkert. In den Betrieben werden die wenigen georgischen Arbeiter, die noch nicht entlassen wurden, von den Agenten eurer 'Tscheta' durch Drohungen aller Art gezwungen, ihre Unterschrift zu einer in der 'Tscheta' abgefassten Erklärung abzugeben. Wir haben Bedenken, daß an dieser schändlichen Vergewaltigung unserer Arbeiter neben den verurteilten Tschetisten eure höchsten Staatsbeamten beteiligt sind.

Niemals hat eine despotische Regierung sich zu derartigen Maßnahmen erniedrigt. Was ihr tut, ist kein Ideekampf. Es ist ein endloser Krieg gegen das georgische Volk.

Unter diesen Umständen haben wir uns entschlossen, euch folgenden Vorschlag zu machen:

1. Möge eine Kommission aus europäischen Kommunisten und Sozialisten (auf paritätischer Grundlage) die gegenwärtige Lage Georgiens untersuchen und den Willen des georgischen Volkes feststellen.

2. Wir sind damit einverstanden, daß diese Kommission nicht das gesamte Volk befragen soll, sondern bloß die Arbeiter und Bauern, d. h. nur die Volksschichten, die nach der Sowjetverfassung das Wahlrecht besitzen.

3. Wir geben im voraus vor aller Welt das feierliche Versprechen, jegliche gegen euch gerichtete Lästigkeit und Agitation (sowohl in Georgien wie auch außerhalb Georgiens einzustellen, wenn sich herausstellen sollte, daß auch nur ein Drittel unserer arbeitenden Klassen auf eurer Seite steht. Wir stellen dabei nur die eine Bedingung: die Abstimmung muß geheim sein.

4. Diese Kommission soll auch an Ort und Stelle die Verbrechen untersuchen, die von euren Agenten und Beamten begangen wurden: Erschießungen Unschuldiger, Folterungen in der Tscheta-Explosion von Unterschriften usw.

5. Wir sind damit einverstanden, daß das endgültige Urteil über diese Verbrechen von den Vertretern der kommunistischen Parteien Europas allein gefällt werden soll, unter der einzigen Bedingung, daß die Kommission unsere Zeugen vernehmen und unser Beweismaterial prüfen soll.

6. Wenn bei der Abstimmung weniger als ein Drittel der Stimmen für euch abgegeben wird und wenn außerdem eure Gewaltmaßnahmen von den Vertretern der kommunistischen Parteien Europas verurteilt werden, soll sich Krasnow verpflichtet, seine Truppen aus Georgien zurückzuführen, und unter der Kontrolle der genannten Kommunisten soll dann ein Kongreß der Sowjets einberufen werden, der den Willen der arbeitenden Klassen Georgiens und die Frage der Unabhängigkeit des georgischen Staates entscheiden soll.

Wir glauben, daß diese Bedingungen für euch sehr günstig sind. Die Macht ist in euren Händen. Die Presse ist euer Monopol. Wir sind all dessen beraubt. Tausende unserer Genossen müssen sich verstecken halten, wurden verbannt oder eingekerkert. In bezug auf diese Genossen stellen wir keine Bedingungen. Unser Vorschlag gibt euch die Möglichkeit, das Land von gewaltigen unproduktiven Ausgaben zu befreien, denn selbst nur ein Drittel der Stimmen für euch abgegeben werden, so braucht ihr keine Kistenarmen von Tschetisten, Tschetisten und Spiegeln mehr. Die auf uns losgeoffen werden, und wir werden euch dann nicht hindern, eine Atmosphäre 'friedlicher Arbeit' zu schaffen, die von euch angeblüht erkräftet wird.

Dies ist unser Vorschlag. Ihr habt nun das Wort.

Tiflis. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens.

# Die Spekulationschande.

## Berlin voran in der Marktentwertung.

Die letzte Marktbeförderung in New York führte zwar am Berliner Devisenmarkt in den ersten Morgenstunden zu einer leichten Abchwächung des Dollars. Gegen 10 Uhr konnte man ihn noch mit 6900 000, indessen konnten sich diese Kurse nicht lange halten. Gegen 12 Uhr hörte man den Dollar bereits mit 7800 000. Die Gründe, die dafür gegeben werden, sind zahlreich. Einmal wird die belgische Note an der Börse im allgemeinen ziemlich zurückhaltend beurteilt. Im wesentlichen beträgt sie nichts neues, jedenfalls nichts, was für Deutschland irgendwie günstig gedeutet werden könnte. Hinzu kommt der überaus starke Bedarf an Einzahlungsdollars aus allen Teilen des Reiches, der am Dienstag nur unvollkommen hatte befriedigt werden können. Der Amnestieparagraf der neuen Verordnungen soll zudem ausgenutzt werden, um noch schnell und strafflos am Devisenmarkt zu verdienen. Während der Dollar an der Börse sich der Achtmillionengrenze näherte, wurde er an anderen Stellen teilweise nur mit 6800 000 genannt. Aus diese ziemlich beträchtlichen Differenz kann man auf die allgemeine Verwirrung der wirtschaftlichen Lage überhaupt schließen.

Die Voraussetzungen war, entwickelte sich am Effektenmarkt auf die Devisensteigerungen hin eine stürmische Hausse. Das Publikum kaufte wahllos, die Spekulation hegt für Spezialwerte Interesse und das Ausland benutzt die Situation, um sichere Werte zum Spottpreis einzudecken. So war die Nachfrage hier außerordentlich groß, das Angebot gering und Verdoppelung der Kurse wieder an der Tagesordnung.

## Amtliche Devisenkurse.

	29. August		28. August	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländ. Gulden	2938850.-	2947350.-	2438750.-	2506250.-
1 argentin. Pap. Peso	2408975.-	2418025.-	2044575.-	2055125.-
1 belgischer Franc	859100.-	860900.-	295360.-	296740.-
1 norweg. Krone	1216950.-	1223050.-	1041810.-	1046890.-
1 dänische Krone	1396500.-	1403500.-	1177050.-	1182950.-
1 schwedische Krone	—	—	1598750.-	1704250.-
1 finnische Mark	—	—	175580.-	176440.-
1 japanischer Yen	3640875.-	3659125.-	3112200.-	3127800.-
1 italienische Lire	323190.-	324810.-	275310.-	276690.-
1 Pfund Sterling	83915000.-	84885000.-	28927500.-	29072500.-
1 Dollar	7481250.-	7518750.-	6384000.-	6416000.-
1 australisch. Franc	430920.-	433050.-	368090.-	369410.-
1 brasilian. Milreis	682290.-	685710.-	574560.-	577440.-
1 Schweizer Franc	1356600.-	1363400.-	1147125.-	1152875.-
1 spanische Pesta	1007475.-	1012225.-	869920.-	874180.-
100 österr. Kr. (geft.)	—	—	8977.-	9023.-
1 tschechische Krone	—	—	187580.-	188472.-
1 ungarische Krone	—	—	861.09	862.91
1 bulgarische Leva	—	—	59850.-	60150.-
1 jugoslaw. Dinar	—	—	67280.-	68170.-

# Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. September 1923 an im Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechebereich innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

**Postarten im Ortsverkehr 15 000 M.** Postarten im Fernverkehr 30 000 M.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 30 000 M., über 20 bis 100 Gramm 45 000 M., über 100 bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M.; Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 75 000 M., über 20 bis 100 Gramm 100 000 M., über 100 bis 250 Gramm 120 000 M., über 250 bis 500 Gramm 140 000 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postarten und Briefe wird das Einhalbfache des Fehlbetrags, unter Aufzählung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.)

**Drucksachen bis 25 Gramm 15 000 M.**, über 25 bis 50 Gramm 30 000 M., über 50 bis 100 Gramm 45 000 M., über 100 bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110 000 M., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zulässig) 140 000 M.; **Blindenschriftendungen** (Reisgewicht 5 Kilogramm) für je 1 Kilogramm 1 M.; **Geschäftspapiere und Mitteilungen** bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110 000 M.; **Warenproben** bis 100 Gramm 45 000 M., über 100 bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Einhalbfache des Fehlbetrags, unter Aufzählung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.)

Pakete	bis 3 kg	1. Zone bis 75 km M.			2. Zone bis 375 km M.			3. Zone über 375 km M.		
		150 000	250 000	300 000	350 000	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000
-	über 3	150 000	250 000	300 000	350 000	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000
-	5	250 000	300 000	350 000	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000	650 000
-	6	300 000	350 000	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000	650 000	700 000
-	7	350 000	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000	650 000	700 000	750 000
-	8	400 000	450 000	500 000	550 000	600 000	650 000	700 000	750 000	800 000
-	9	450 000	500 000	550 000	600 000	650 000	700 000	750 000	800 000	850 000
-	10	500 000	550 000	600 000	650 000	700 000	750 000	800 000	850 000	900 000
-	11	550 000	600 000	650 000	700 000	750 000	800 000	850 000	900 000	950 000
-	12	600 000	650 000	700 000	750 000	800 000	850 000	900 000	950 000	1 000 000
-	13	650 000	700 000	750 000	800 000	850 000	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000
-	14	700 000	750 000	800 000	850 000	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000
-	15	750 000	800 000	850 000	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000
-	16	800 000	850 000	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000	1 200 000
-	17	850 000	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000	1 200 000	1 250 000
-	18	900 000	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000	1 200 000	1 250 000	1 300 000
-	19	950 000	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000	1 200 000	1 250 000	1 300 000	1 350 000
-	20	1 000 000	1 050 000	1 100 000	1 150 000	1 200 000	1 250 000	1 300 000	1 350 000	1 400 000

**Päckchen bis 1 Kilogramm 150 000 M.**

**Bestandungen:** bis 1 Million Mark 30 000 M., über 1 bis 2 Millionen Mark 40 000 M., über 2 bis 5 Millionen Mark 70 000 M., über 5 bis 10 Millionen Mark 100 000 M., über 10 bis 30 Millionen Mark 140 000 M., über 30 bis 50 Millionen Mark 180 000 M., über 50 bis 70 Millionen Mark 220 000 M., über 70 bis 100 Millionen Mark 260 000 M., über 100 bis 150 Millionen Mark 300 000 M., über 150 bis 200 Millionen Mark 400 000 M. Der Reisbetrag ist von 50 Millionen auf 200 Millionen Mark erhöht.

**Rohpostsendungen,** wenn der Aufgabort und Bestimmungsart innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin liegen, die Rohpostart 180 000 M., der Rohpostbrief 210 000 M.; wenn der Aufgabort oder der Bestimmungsart außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin liegt, die Rohpostart 195 000 M., der Rohpostbrief 255 000 M.

Die Einschreibgebühr ist auf 75 000 M., die Vorzeigegeld für Rechnungen und Postaufträge auf 37 000 M. festgelegt; die Einziehungsgebühr für Rechnungen und Postaufträge von 1 von jedem angelegenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert, doch ist ein Mindestbetrag von 1000 M. und die Aufrundung überschreitender Beträge auf volle 1000 M. festgelegt. Die Einziehungsgebühr wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen und muß unter Umständen bei der Rechnung oder Auftragssumme von dem Absender berücksichtigt werden.

Für die Einziehung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortszustellbezirk 150 000 M., nach dem

Landzustellbezirk 450 000 M.; für ein Paket nach dem Ortszustellbezirk 225 000 M., nach dem Landzustellbezirk 600 000 M.

**Bei eingezahlte Zahlarten bis 2 Millionen** einschließlich 10 000 Mark, über 2 bis 5 Millionen Mark 20 000 M., über 5 bis 10 Millionen Mark 30 000 M., über 10 bis 20 Millionen Mark 40 000 M., über 20 bis 30 Millionen Mark 50 000 M., über 30 bis 50 Millionen Mark 60 000 M., über 50 bis 70 Millionen Mark 70 000 M., über 70 bis 100 Millionen Mark 80 000 M., über 100 bis 150 Millionen Mark 90 000 M., über 150 bis 200 Millionen Mark 100 000 M., über 200 Millionen Mark (unbeschränkt) 120 000 M. Für bargeldlos bezahlte Zahlarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50 000 M. für eine Zahlart.

Die Auslandengebühren betragen vom 1. September 1923 an: für Postarten 120 000 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 90 000 M.; für Briefe bis 20 Gramm 200 000 M., jede weiteren 20 Gramm (Reisgewicht 2 Kilogramm) 100 000 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 150 000 M., jede weiteren 20 Gramm 100 000 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 40 000 M.; für Blindenschriftendungen für je 500 Gramm 20 000 M. (Reisgewicht 3 Kilogramm), jedoch nach Tschechoslowakei und Ungarn für je 1 Kilogramm 1 M.; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 40 000 M., mindestens 200 000 M.; für Warenproben für je 50 Gramm 40 000 M., mindestens 80 000 M.; Eilzustellgebühr für Briefsendungen 400 000 M., Einschreibgebühr 75 000 M.; Rücksendungsgebühr 75 000 M.; Vorzeigegeld für Rechnungen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 40 000 M.; Gewichtsgebühr für Wertkästen für je 50 Gramm 80 000 M., mindestens 400 000 M. (dazu Einschreibgebühr von 75 000 M.); Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertkästen für je 120 000 000 M. 200 000 M.; Postanweisungsgebühr bis 20 000 000 M. 200 000 M., über 20 000 000 bis 40 000 000 M. 400 000 M., jede weiteren 40 000 000 M. 200 000 M., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 40 000 000 M. 400 000 M.; Rechnungengebühren für Pakete 200 000 M. für je 20 000 000 M. des Rechnungsbetrags.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. September 1923 an: für Ferntelegramme: Grundgebühr 120 000 M. und außerdem für jedes Wort 60 000 M., für Ortstelegramme: Grundgebühr 60 000 M. und außerdem für jedes Wort 30 000 M., für Zustellung bei ungenügender Anschrift 180 000 M., für Vorauszahlung der Eilbestellung (XP) 450 000 M., für Stundung der Telegraphengebühren 2 Proz. des Rechnungsbetrags, außerdem für jedes Telegramm 30 000 M. Vom 1. Oktober 1923 an: für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 18 000 000 M., für regelmäßige besondere Zustellung 18 000 000 M. Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammanschriften (sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis zum 15. September 1923 zum 1. Oktober 1923 gekündigt werden.

**Fernsprechgebühren** vom 1. September 1923 an. Die Jahresgrundgebühren für einen Fernsprechausgang fallen vom 1. September ab fort. Von diesem Zeitpunkt an werden für Hauptanschlüsse nur Gesprächsgebühren erhoben. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen

mit nicht mehr als	50 Hauptanschlüssen	30 Ortsgespräche
-	mehr als 50 bis einschl. 1000	30
-	1000	40
-	10000	50

Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus 75 000 M., für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 75 000 M., von mehr als 5 bis 15 Kilometer 150 000 M., von mehr als 15 bis 25 Kilometer 225 000 M., von mehr als 25 bis 50 Kilometer 450 000 M., von mehr als 50 bis 100 Kilometer 675 000 M., für jede weiteren angelegenen 100 Kilometer 225 000 M. mehr. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blitze Gespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Vortagsanmeldung 75 000 M., Auskunftsgebühr 75 000 M., Streichungsgebühr für Gespräche 75 000 M., Unfallmeldegebühr 450 000 M. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen aus Anlaß der Gebührenerhöhung auf den 31. August oder 30. September 1923 kündigen.

# Immer neue Pilzvergiftungen.

## Wieder sieben Todesopfer.

Die Pilzvergiftungen mit tödlichem Ausgang nehmen erschreckend zu. Das hängt damit zusammen, daß wegen der Teuerung der Lebensmittel viele Leute Pilze suchen, die giftige von harmlosen nicht zu unterscheiden wissen. Im Krankenhaus am Friedrichshain starben die Pförtnerfrau Arndt aus der Sandberger Straße 16, eine Frau von 49 Jahren, und der 56 Jahre alte Drochsenkutscher Oskar Starck, der bei ihr wohnte. Ein Arbeiter Richard Schulz, ein Hausgenosse, der die Pilze aus dem Blätterwald mitgebracht hatte, liegt noch schwer danieder, ebenso eine Frau Margarete Laubert, deren Sohn bereits gestorben ist. In der Baubentonskie Baumschulenweg erkrankte nach Pilzgenuss eine Familie Poette. Von ihr starben der Vater und 2 Kinder, 6 andere Familienmitglieder sind noch am Leben und liegen im Krankenhaus Bries.

Am Pilzvergiftung verstarb in Köpenick eine vierköpfige Familie des Musikleiters Blume nach dem Genuß von Wiesengrünlingen. Eine weitere Familie Rarkiewicz, die ebenfalls von den Pilzen erkrankte, liegt bis jetzt noch bewusstlos im Kreisstranzenhaus Köpenick. Diese Familie besteht aus drei Kindern. Das Sonderbare bei diesem Falle ist, daß die Familie R., die die Pilze selbst gegessen hat, wahrscheinlich mit dem Leben davonkommt, während die Familie Blume, die die sogenannte Pilzsuppe gegessen hat, nach dem Genuß derselben innerhalb zwölf Stunden verstarb.

# Unstre gestrigen Versammlungen.

Wir fragen nach die folgenden Berichte nach:

**Leopold.** Der „Historikergarten“ war von einer nach Tausenden zählenden Menge lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Referent war Gen. Busch. Die Kommunisten, stark vertreten, versuchten durch zahlreiche Zwischenrufe die Versammlung zu stören, was aber völlig mißling. In der ausgedehnten Diskussion gab es einiges aus dem Rastauer Zitatenbuch, begleitet von Heiterkeitschreien, zu hören. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Partei fand die Kundgebung ihr Ende.

**Moabit.** Die Versammlung im „Café Gärtner“ war bis auf den letzten Platz gefüllt und nahm einen guten Verlauf. In der Aussprache vermochten die Kommunisten fastliche Einwände gegen die Ausführungen unjense Referenten, Reichstagsabgeordneter Gen. Siebel, nicht zu machen. Genosse Siebel ermahnte zum Schluß unter kläglichem Beifall, sich mehr als bisher um die Fahne der alten, kampferprobten Sozialdemokratie zu scharen, weil nur sie auf die Dauer den Erfolg verbürge. Dann werde es auch wieder vorwärts gehen — trotz alledem.

**Neue Brotpreise.** Nach Mitteilungen des Zweigverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins macht die neue erhebliche Kohlen- und Mehlpreiserhöhung auch eine Erhöhung der Preise für freies Gebäck notwendig. So wird das marktfreie Brot von 360 000 auf 650 000 M., die Schrippe von 28 000 auf 33 000 M. erhöht. Entsprechend steigen auch die anderen Preise für Kuchen usw.

# Gegen den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

In Berlin fand eine Versammlung des Preussischen Landesverbandes im Bunde Deutscher Mietervereine statt, in der gegen die Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz scharf Stellung genommen wurde. Eine von der Versammlung angenommene Entschließung lautete:

„Die in Berlin versammelten Vertreter der preussischen Mieterverbände erheben scharfsten Protest gegen die in der neuen preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 4. August d. J. ausgesprochenen Befreiung der Geschäfts- und Industriehäuser von der Mietenzwangswirtschaft. Sie erblicken darin den Beginn eines planmäßigen Abbaus der 3 mangswirtschaft im Mietwesen und eine ungerechtfertigte Bereicherung der Besitzer von Geschäfts- und Industriehäusern zum Schaden der Allgemeinheit, denn es bestand die Möglichkeit, die gewerblichen Mieter dieser Häuser entsprechend höher zur Wohnungsbaubgabe und zur Abgabe zum Ausgleichsfonds heranzuziehen und damit den gemeinnützigen Wohnungsbau und die Wiederinstandsetzung der heruntergekommenen alten Häuser zu fördern. Die Mieterchaft befürchtet, daß die übrigen gewerblichen Räume, und zwar auch die mit Wohnungen versehenen, bald folgen werden, und daß damit die Wohnungszwangswirtschaft zum Zusammenbruch gebracht werden wird. Die Vertreter der preussischen Mieterverbände warnen in erster Stunde aufs eindringlichste vor dem Befahren dieser Bahn, weil dies der Todesstoß für unsere Volkswirtschaft und das Signal zum Bürgerkrieg sein würde.“

**Quartiere für Arbeiterjugend gesucht!** Am Sonntag, den 2. September, findet eine Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend der Provinz Brandenburg in Berlin statt. Die Genossen treffen am Sonntagabend in Berlin ein. Für sie werden ungefähr 30 Quartiere benötigt. Wir bitten alle Parteimitglieder, die einen Genossen beherbergen können, sich umgehend im Jugendsekretariat, SB. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 11 (Tel. Dönhoff 5086), zu melden. Parteigenossen übt Solidarität und stellt die angeforderten Quartiere bereitwillig zur Verfügung!

**Veranstaltung deutscher Wohnungsämter.** Die für den 30. und 31. September d. J. angelegte Tagung der Wohnungsämter in Nürnberg ist der schwierigen wirtschaftlichen Lage wegen auf unbestimmte Zeit verlagert worden.

**Die Wiener Stadtbahn** steht seit 1916 still, nur auf einigen Außenstrecken ist ein, wenn auch schwacher Verkehr eingerichtet. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Wiens hat sich jetzt bereit erklärt, 170 Millionen zur Einführung eines elektrischen Schnellbahnbetriebes, der binnen sieben Monaten beginnen könnte, zur Verfügung zu stellen. Die Stadtbahn würde dann der Straßenbahn angegliedert, aber Staats Eigentum bleiben.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielstark heiter, nachts sehr kühl, am Tage langsame Erwärmung, später zunehmende Bewölkung bei aufsteigenden südwestlichen Winden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wie lange noch?

Wie lange noch wird die Arbeiterschaft die Sozialistenhege in der „Roten Fahne“ über sich ergehen lassen müssen? Nachdem die Sozialisten in der Regierung mit allen Mitteln bekämpft wurden, scheint man jetzt dazu überzugehen, in der „Roten Fahne“ die Funktionäre der SPD, in den Betrieben zu verleumben und zu beleidigen.

Nachdem sich die „Rote Fahne“ am Mittwoch, den 22. August, in grober, fälschlicherweise Weise mit einem Funktionär des Kleinbauwerkes der Siemens-Schubert-Kleinbauwerk, beschäftigt hatte, erschien am Sonnabend, den 25. August, wiederum folgender Artikel:

### Der SPD-Werks-Ordnungsdienst. Aus dem Siemens-Schubert-Kleinbauwerk.

In dem Siemenswerk Kleinbau sind sämtliche kommunistische Betriebsräte gemogelt. Die SPD-Betriebsräte Klinge und Hüblich haben jetzt das Heft in den Händen und vertreten die Interessen der Belegschaft wie es ihnen der „Vorwärts“ vorzeichnet. Auf der letzten Betriebsversammlung am 22. August beglückte der Betriebsrat Klinge die Belegschaft mit einem neuen Plan zur „Befreiung des Kapitals“, den er mit seinen Freunden beschloffen habe. Er sagte wörtlich:

„Damit die Arbeiter des Kleinbauwerkes in Zukunft nicht wieder von einer radikalistischen Klasse in einen sogenannten Generalstreik geblasen werden, habe ich mit meinen Freunden beschlossen, einen Werks-Ordnungsdienst hier im Werk einzuführen. Die Kollegen, die auf meiner Seite stehen und gewillt sind, in den Ordnungsdienst einzutreten, damit den Kohlenbrüder mal auf die Finger geklopft werden kann, bitte ich sich in der Sprechzeit im Arbeiterzimmers zu melden. Wenn die Arbeiterschaft wieder zu kämpfen schreibt, die von der Gewerkschaft nicht anerkannt werden können, dann müssen die Arbeiter, die auf Worte nicht hören wollen, mit Prügel zur Besonnenheit gebracht werden, damit sie den Weg finden, der sich für einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eignet.“

Die Arbeiter in der SPD, die noch einen Funken von Klassenloyalität in sich fühlen, werden weit abrücken von einem solchen „Arbeitervertreter“, der offen zum Brudertamp auffordert.

### Dazu bemerkt der Untergeldneue:

„Ich freue mich, daß wir nicht den Beifall der „Roten Fahne“ gefunden haben, denn jedem Sozialisten ist es zur Gewißheit geworden und alle ehrlichen Arbeiter sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Redakteure der „Roten Fahne“, die jetzt dazu übergegangen sind, die Gewerkschaften zu beleidigen und zu beschimpfen, Gegner der Arbeiterbewegung sind und wir es als Beleidigung betrachten würden, von dieser Seite aus getobt zu werden.“

Zu dem Artikel selbst wäre zu sagen, daß die Fraktionsoorstände der SPD und der KPD des Siemens-Konzerns sich darüber einig wurden, einen gewerkschaftlichen Ordnungsdienst zu errichten. Wenn die „Rote Fahne“ ein ehrliches Arbeiterblatt wäre, so hätte sie, ehe sie Arbeiter beleidigt, sich bei ihrem Genossen Seilheim erkundigen sollen. Von Prügel und anderen ähnlichen Worten, welche mir die „Rote Fahne“ in den Mund legt, habe ich nichts erwähnt. Es ist auch unwahr, daß sämtliche SPD-Betriebsräte gemogelt sind. Wohl sind von 6 SPD-Arbeiterratsmitgliedern 2 zur Entlassung gekommen, doch sind diese beiden — bis zur Entscheidung vor dem Schlichtungsausschuß, den der Betriebsrat anrief — durch zwei andere SPD-Kollegen ersetzt worden. Eine Berichtigung der „Roten Fahne“ zuzufinden, lehnen wir ab, da auch die Betriebsversammlung mir zustimmte, sich mit dem Schmuz in der „Roten Fahne“ nicht zu beschäftigen und diesem Blatte keine Berichtigung zuzufinden.“

### Karl Klinge,

Vorsitzender des Betriebsrates der Siemens-Schubertwerke  
G. m. b. H. Kleinbauwerk.

### Zur Vorauszahlung der Beamtengehälter.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten, welche dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, fordert uns folgende Entschädigung betreffend Vierteljahresvorauszahlung der Gehälter an die Staatsbeamten:

„Die vierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten erfordert infolge des ständigen Sinkens der Markwährung zu bestimmten Zeiten so außergewöhnlich große Beträge an Zahlungsmitteln, daß die Ansprüche an das Reich ins Ungemessene wachsen. Gleichwohl sind die Angriffe, die aus diesem Anlaß in der Öffentlichkeit und in den Tageszeitungen gegen die Beamtenenschaft im allgemeinen gerichtet werden, durchaus unberechtigt und müssen entschieden zurückgewiesen werden. Die Behauptung in einem rechtsgerichteten Berliner Blatte, daß die Frau eines Unterbeamten sich von der letzten Nachzahlung einen Wandel im Werte von 65 Millionen und einen Wandel von 85 Millionen Mark gekauft haben soll, kann schon deshalb nicht stimmen, weil ein Beamter der Besoldungsgruppe 2 in Stufe 4 mit 3 Kindern in Ortsklasse A für die Zeit vom 15. bis 31. August im höchsten Falle einen Betrag von 48 930 880 M. ausgezahlt erhielt. Nur in den oberen Gruppen sind diese Beträge so groß, daß ihre Vorauszahlung in einer Summe als Ungerechtfertigt betrachtet werden kann. Ein

Ministerialdirektor erhielt z. B. für diese Zeit circa 700 Millionen. Die vierteljährliche Vorauszahlung ist heute ebenso gut eine Ungerechtfertigt, gegenüber der sehr großen Zahl der Beamten, die monatlich ihre Bezüge erhalten. Es können infolgedessen die am besten gestellten Beamten am meisten und am billigsten einkaufen, während die am schlechtesten gestellten Beamten am wenigsten kaufen können, und noch dazu die höchsten Bezüge zahlen müssen. Diese Ungerechtfertigt ist durch die prozentualen Teuerungszuschläge in ein Dauerstadium gebracht worden, das umso mehr die Empörung jedes gerechtfertigten Menschen hervorruft. Selbst die Beamten in den untersten Besoldungsgruppen mit vierteljährlichem Gehaltsbezug würden auf die vierteljährliche Gehaltszahlung zu verzichten bereit sein, wenn ihre alte Forderung, Abschaffung des prozentualen Teuerungszuschlages, Einführung eines für alle Beamten geltenden gleichen Kopfschlages, endlich verwirklicht würde.“

### Gehaltsbewegung im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: „Der tariflich vereinbarte Reichsschlachtungsausschuß fällt am 27. August folgenden Schiedsspruch:

Die endgültigen Augustbezüge der Angestellten werden in folgender Weise errechnet: Die endgültigen Zulagehälften, Alterszulage und Speise werden zunächst um 20 Proz. erhöht. Die sich hierdurch ergebenden Beträge werden mit fünfzehn Prozenten in derselben Weise werden die sozialen Zulagen für August berechnet. Die Belegungszulage von 35 Proz. bleibt für August unverändert. Die im August geleisteten Zwischenzahlungen sind in Anrechnung zu bringen. Im Laufe des Septembers — erstinstanzig am 8. September 1923 — finden je am Wochenschluß 3 Zwischenzahlungen statt, die sich in folgender Weise errechnen:

Der Angestellte erhält bei jeder Zahlung zunächst ein Viertel des endgültigen Augustgehalts. Dazu tritt ein Zuschlag, der die im letzten Reichsindex festgestellte Verringerung der Teuerung voll berücksichtigt. Zur Abgeltung einer etwaigen weiteren Teuerung seit Erscheinen der letzten Indexziffer wird ein zweiter Zuschlag in gleicher Höhe wie der erste eingesetzt. Dieser Zuschlag wird bei der nächsten Wochenzahlung verrechnet.

Erklärungsfrist gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber bis zum 31. August 1923 6 Uhr nachmittags.

Der Antrag des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen über Abänderung dieser Bestimmungen des Manteltarifs wurde vom Reichsschlachtungsausschuß wegen Unzuständigkeit abgelehnt.

Hinsichtlich einer weiteren Abschlagszahlung an die Angestellten hat der Arbeitgeberverband seine Mitgliedschaften ermächtigt, bis zum 31. August einen weiteren Betrag in gleicher Höhe wie die erste und zweite Augustabschlagszahlung auszuföhren.“

### Nichtung, Spruch in der chemischen Industrie.

Am 29. August ist folgender Spruch gefällt worden: Der Lohn des über 20 Jahre alten männlichen Arbeiters beträgt in Fachgruppe II Ortsklasse A für die Zeit vom 22. bis 28. August 1923 600 000 M. pro Stunde. Die Löhne der übrigen Fachgruppen nach Ortsklasse, Kategorien und Altersklassen werden nach der bisherigen Art prozentual errechnet. Zulage nach § 7 des Reichsarbeitsgesetzes 5000 Mark. Am 3. bzw. 4. September erfolgt eine Vorzahlung von 15 Millionen für Arbeiter über 20 Jahre (Gummilindustrie 18 Jahre), 10 Millionen für Arbeiter von 17 bis 20 Jahren; für Arbeiterinnen über 17 Jahre und für Arbeiter von 14 bis 17 Jahren von 7 Millionen. (Tarife ab Donnerstag abend beim Fabrikarbeiterverband, Engelauer 24/25, Ausgang C I Treppe.)

Gehaltsregelung in der chemischen Industrie. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hatte den Schiedsspruch vom 22. August d. J. abgelehnt. Der AFA-Bund hatte deshalb die Verbindlichklärung durch den Demobilisierungskommissar beantragt. Am Montag fanden nun auf Veranlassung des Demobilisierungskommissars Vergleichsverhandlungen statt, die nach stundenlangen Beratungen mit folgendem Resultat endigten: Die Angestellten erhalten im August das 23fache des tariflichen Subgehalts (Zunahme + 310 Proz.) Die gezahlten Bodengehälter gelangen zur Anrechnung. Betroffene sind in den Bureaus der AFA-Organisationen für deren Mitglieder erhältlich.

Nichtung, Brunnenbauer! Da die Unternehmer den Schiedsspruch vom 23. August 1923 anerkannt haben, beträgt der Lohn ab 18. August bis 24. August 1923 für Brunnenbauer 600 000 M., Junggeleuten und Bohrmeister 672 750 M., alle Helfer 655 500 M., Neueinsteiger 638 250 M. Weitere Verhandlungen am Mittwoch, den 29. August 1923. Die Lohnkommission.

Indexlöhne für das Gewerbe- und Ziselergewerbe. Grundlohn ab 23. bis 29. August für Berlin. Capreure und Ziselure: im 1. Jahre nach der Lehre 391 000 M., bis zu 22 Jahren 463 000 M., über 22 bis 24 Jahre 513 000 M., über 24 Jahre 610 000 M.; Hilfsarbeiter: über 18 bis 19 Jahre 341 000 M., über 20 bis 21 Jahre 414 000 M., über 22 bis 24 Jahre 463 000 M., über 24 Jahre 562 000 M. Die Erhöhung der Löhne für die Wochen vom 30. August bis einschließlich 12. September 1923 soll verhältnismäßig weiter nach den Reichs-Wochenindexziffern im Sinne

der Vereinbarung vom 23. Juli 1923 erfolgen. Die Lohnwoche soll die Tage vom Donnerstag bis einschließlich Mittwoch umfassen.

Von Massenausperrungen in Königsberg berichtet die Ill.: „Die Reedereien, Schiffsmaschinen- und Stauereifirmen haben die gemeinsame Hafenarbeiter-Königsberg gestern wegen Vertragsbruch ausgesperrt. Zur Aufrechterhaltung der Lebensmittellieferung der Bevölkerung werden freiwillige Arbeitskräfte (1) eingestellt, die den Lohn der Hafenarbeiter (12 Millionen für den achtstündigen Arbeitstag) erhalten. Heute früh hatten sich Tausende von freiwilligen Arbeitskräften am Hafen eingefunden. Sie wurden aber von den ausgesperrten Arbeitern an dem Betreten der Arbeitsstätten verhindert.“

### Betriebsräte! Aufsichtsräte!

Für die Betriebsräte im Aufsichtsrat findet am Donnerstag, den 30. August, um 9 1/2 Uhr, im Reichsbankgebäude, Mariannenplatz 28, eine Sitzung statt. — Die Aufsichtsratsmitglieder! — Wir bitten dringend sämtliche Betriebsräte, darauf zu achten, daß ihre Kollegen, die Mitglieder des Aufsichtsrats sind, in dieser Sitzung anwesend zu sein. — Zeitgemäßes Betriebsratsorgan für den Wirtschaftsbereich Groß-Berlin.

Nichtung, Betriebsräte der Banknotenbrucker! Am Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Hotel Dinnia, Wagnerschenstraße 44, Sitzung der Betriebsräte und Funktionäre der Banknotenbrucker. Besprechung wichtiger Tagesordnungen. Vertreter der SPD und der KPD werden hiermit eingeladen, ebenso die gewerkschaftlichen Organisationen. Der Gruppenrat, J. A. Germau.

## Aus der Partei.

### Bezirkskonferenz Brandenburg-Grenzmark.

Der Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark beschäftigte sich am Sonntag, den 26. August, in einer erweiterten Sitzung des Zentralvorstandes, an der neben den Abgeordneten auch die Vorsitzenden der größten Ortsvereine des Bezirks teilnahmen, mit der politischen Lage und Organisationsfragen. Nach einem instruktiven Referat des Genossen Siebel und nach einer langen Debatte gelangte gegen eine Stimme nachstehende Entscheidung zur Annahme:

„Die am 26. August tagende erweiterte Sitzung des Zentralvorstandes des Bezirksverbandes Brandenburg-Grenzmark bekräftigt den am 12. August vollzogenen Regierungswechsel und bekundet sich zur Haltung der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung. Trotz aller Bedenken gegen die sog. große Koalition ist die Konferenz der Auffassung, daß die Sozialdemokratie, die die Mehrheit im Bunde für sich erringen will, bewußt eine Politik treiben muß, die angesichts des schweren außen- und innenpolitischen Kampfes der Republik, die Sicherung und Erhaltung der Reichseinheit und die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zum Ziele hat. Die Arbeit der Beauftragten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im neuen Reichsministerium wird aber nur dann dieses Ziel erreichen können, wenn die von der Reichstagsfraktion aufgestellten Forderungen radikalisiert durchgeführt werden. Deshalb ist es notwendiger denn je, daß die Parteimitgliedschaft in fester Geschlossenheit hinter der Reichstagsfraktion und den Vertrauensmännern in der Regierung steht.“

Die Konferenz appelliert weiter an die Parteigenossen und an alle einsichtigen Gewerkschaftsmitglieder, mit aller Entschiedenheit dem sozialistisch-kommunistischen Treiben entgegenzutreten, weil durch deren unverantwortliche Propaganda weiteres namenloses Leid über die wertvolle Bevölkerung gebracht und den Feinden der Arbeiterbewegung Vorlauf geleistet wird.“

Ueber die Organisations- und Finanzfragen des Bezirksverbandes sprachen die Genossen Richard Schmidt und Wilhelm Krüger. Folgender Beitrag wurde einstimmig beschlossen: Für männliche Mitglieder in Städten über 10 000 Einwohner und in Industrieorten 100 000 M., für Frauen 25 000 M. pro Woche. In rein ländlichen Gebieten für Männer 30 000 M., für Frauen 25 000 M. pro Woche.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Beamtenverbandsausschuß: Donnerstag, den 30. August, 7 Uhr, wichtige Sitzung bei Wirtlich, Petersburger Straße 5. Sammlung mitbringen.
- 2. KPD. Die neuen Beitragsarten sind noch heute vom Abteilungsleiter abzuholen.
- 3. KPD. Donnerstag, den 30. August, 7 Uhr, Mietervereinsversammlung bei Helm, Lichtstr. 20. Referat Bezirksleiter Genosse Siegel.
- 4. KPD. Donnerstag, den 30. August, 7 Uhr, Arbeiterbrüderkongress. Erscheinen der Funktionäre Pflicht.

## Jugendveranstaltungen.

- 1. KPD. Abteilungsleiter! Für die Rundgebung am Sonntag, den 2. September, findet heute Abend von 5-7 Uhr im Jugendsekretariat die Ausgabe des Materials statt. Alle Abteilungen müssen besetzte abgeben. Der Bezirksverband.
- 2. KPD. Arbeiterbrüder! Heute, Mittwoch, 12 Uhr, im Spielraum auf beiden Seiten aus. Leben zum Selbst. Treffpunkt 7 Uhr Schöneberg, Ecke Canner Straße.
- 3. KPD. Für Politik: Richard Bernke, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaftssekretär: Gehrman, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Gahr, Berlin; KPD: A. A. Böcher, Wilmersdorf; Polizei und Sozialisten: Fritz Kersch, Wilmersdorf; Frauen: A. Gahr, Berlin; Berlin: Kersch, Berlin; G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernke-Verlag und Verlagsanstalt Gust. Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 5.

**Wanzen** Motten, Läuse samt Brut kann jed. Lale in 3 Std. durch apparatloses Links selbst radikal beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien. Generalvertreter: Friedrichstraße 24.

**86 Gartenstr. 86 Zahngebisse**  
Gold-, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
Paul Schneider, Juwelier  
86 Gartenstr. 86  
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

**Arbeitsnachweisgesetz**  
mit Nebenbestimmungen erläutert von  
Dr. jur. et phil. BERGER W. DONAU  
Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitsvermittlung  
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des 1911 O.G. d. L. in Kraft getretenen Gesetzes.  
Preis-Grundzahl M. 3.25  
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2

**Damen- und Herren-Stoffe**  
aller Art in großer Auswahl.  
Gabardine, Kammerge,  
Tuche, Affenhaut, Flausche,  
Pilsche, Kleider-Samete,  
Anzug- u. Paletotstoffe.  
Paul Karle  
O. 34, Warschauer Straße 79.  
Metalbetten  
Stahlmatt, Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbel, Schl. Thür.

**+Geschlechtskrankhe+**  
Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Wunden, Venenentzündungen, harter Ausschlag, auch wo alles versagt, wurden  
**Phorofanos**  
das neue deutsche Reichs-Patent, kurzfristig geprüft, viele Krankheiten und Krankheiten.  
Gewissenhafte Arzt. Zeitung  
Phorofanos - Heilanstalt,  
Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str.  
Bismarckstr. 101, nahe Rosenfelder Str.  
Berliner Str. 107, Ecke  
Sprengel Straße 10-7, Count 9-13

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- 74. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 75. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 76. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 77. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 78. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 79. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 80. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 81. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 82. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 83. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 84. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 85. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 86. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 87. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 88. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 89. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 90. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 91. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 92. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 93. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 94. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 95. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 96. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 97. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 98. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 99. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.
- 100. Wexelbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Boden.